

Suldaer Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis ohne Bringerlohn und Bestellgeld in Sulda sowie auswärts 1.50 Mark. ... Rotationsdruck und Verlag der Suldaer Anstalten in Sulda. Fernsprecher Nr. 2.

Wochen-Beilage: Illustrierte Sonntagszeitung

Monats-Beilage: Suldaer Geschichtsblätter

Einziges: Der Raum einer einstufigen Kolonialschule, 41 mm hoch, 24 mm breit, 40 mm tief. ...

Nr. 15. Erstes Blatt. Dienstag den 20. Januar 1914. 41. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Montag, den 19. Januar 1914.

Zunächst entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Abg. Westermann (nall.) beantragt, den Antrag vom Samstag auf Scheidung der Materie in sozialpolitische und wirtschaftspolitische wieder aufzuheben. Nach kurzer Debatte stellt Präsident Dr. Kampffelt, daß diesem Antrage gemäß die am Samstag beschlossene Trennung der Diskussion wieder aufgehoben und daß sich der Senatorenkonvent demnach mit dieser Frage beschäftigen werde.

Die 2. Beratung des Etats des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Haack-Mausbrunn (Ztr.): Die deutsche Volkswirtschaft steht am Beginn einer wirtschaftlichen Depression und es drängt sich die Frage nach ihrer Dauer und Stärke auf. Es handelt sich dabei um eine Krise des internationalen Weltmarktes, die bis 1912 zurückzuführen ist. Für Deutschland und die übrigen Staaten kommt nach als nationales Moment hinzu, daß durch die Besetzung der Weltmärkte für den Kriegsjahr das Geld nicht nur teurer wird, sondern an manchen Stellen überhaupt nicht mehr zu haben ist, und dadurch Stellen überhand nehmen oder erheblich geschädigt werden. So ist die wirtschaftliche Depression des Weltmarktes eine der unangenehmsten Folgeerscheinungen der letzten Kriegerkrisen. Von schämem Einfluß für die Befriedung des Weltmarktes ist die wahre Einkauf von Kommoditäten. (Sehr richtig im Zentrum.) Hier müssen die Sonderinteressen im Interesse des Gemeinwohls zurückgedrängt werden. Auch bei den auswärtigen Märkten der nächsten Zeit, besonders der Balkanländer, ist der Rückgang der Nachfrage auf der ganzen Linie. Die Verbesserung der räumlichen Verhältnisse im Verlaufe von 30 Millionen von der Dispositionsgesellschaft findet ausnahmsweise unsere Billigung. In einer erheblichen Steigerung der deutschen Einfuhr nach Rumänien, die ja jetzt schon diejenige aller anderen Staaten übersteigt, zu Gunsten kommt. Eine Verlängerung der deutschen Volkswirtschaft kann nur geschehen, wenn der deutsche Kapitalmarkt gesünder und das ist nur möglich, wenn er auf Jahre hinaus gesünder wird. (Beifall im Zentrum.) Das Jahr 1913 mit seiner unvolgen der befristenden Ernte außerordentlich hohen Verrechnung des deutschen Viehbestandes hat bewiesen, daß der Rückgang der beiden darauffolgenden Jahre nicht auf unsere Wirtschaft und Politik, sondern lediglich auf die Dürre 1911 und die Witterung 1912 zurückzuführen war. Auch die Theorie ist damit widerlegt, daß auch die Preissteigerung und Preisrückgang in landwirtschaftlichen Produkten steigere wärden. Das günstige Ergebnis des Außenhandels gibt der Regierung einen Anlaß, die Exportsubventionen und den Exportzoll der Fleischindustrie mehr als bisher zu erhöhen. Die Preispolitik der Rohstoffe, insbesondere der Kohlenindustrie, ist eine der schmerzhaften Gegenstände. Bei dieser Gelegenheit möchte ich, daß die Regierung diesmal an das Kohlenhandelsgesetz zu ähnlichen Bedingungen wie das vorige Jahr nicht zu haben ist. (Beifall.) Wir müssen bei der künftigen Gestaltung unserer Wirtschaft ernstlich nach Mitteln und Wegen suchen, um das zu erreichen, daß unsere Wirtschaft nicht nur den Rohstoffverhältnissen, sondern auch der Fertigungsindustrie zu Gute kommen und nicht zur Belastung der Fertigungsindustrie benutzt werden. (Beifall.) In dieser Hinsicht möchte ich die Preissteigerung das nötige Maß von Aufschüben des gegenüber von Kartellen und Privatschlüssen sichern, um etwaige gemeinschaftliche Beschlüsse derselben zu verhindern oder doch wenigstens rechtzeitig durch die Preisgebung oder durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu paralysieren. Wir müssen vor allem unsere handelspolitischen Beziehungen zu den alten Staaten erweitern. Wir erwarten von den neuen amerikanischen Zolltarifen eine Erleichterung für unseren Export. Die Zollschranken dort, wie auch in Frankreich und Rußland müssen verschwinden. Eine durchgreifende Aktion der Regierung gegenüber den Vorgängen in Rußland ist notwendig.

Abg. Reinath (nall.) hält die Kartelle für eine notwendige Erscheinung des heutigen Wirtschaftslebens, weil durch sie unsere Volkswirtschaft eine größere Beständig-

keit erhält, bewahrt aber auch ihre Auswüchse. In der sozialen Politik habe Deutschland große Fortschritte gemacht. Die Landwirtschaft sei allmählich in eine etwas günstigere Lage gekommen und habe gezeigt, daß sie den inländischen Konsum im wesentlichen decken könne. Seine Partei habe an der Zoll- und Wirtschaftspolitik teil.

Abg. v. Graefe-Wilhelm (nall.): Die Wirtschaft ist trüger, als ob wir einen Schluß der Sozialpolitik iminieren. Wir verstehen unter Sozialpolitik aber nicht nur den Schutz der arbeitenden Massen, sondern einen geradezu unerschöpflichen in den wirtschaftlichen Kämpfen. Ein übertriebenes Tempo halten wir jedoch nicht für angebracht. Angenehm ist es, wenn die Sozialdemokraten von einer allgemeinen Wohnungsnot der ländlichen Arbeiter sprechen. Verlangen müssen wir größeren Schutz der Arbeitwilligen. Die Leute müssen das Recht haben, in die Organisations zu gehen, die ihnen helfen. Ich für meine Person halte das Organisationswesen für eine Notwendigkeit. Umso berechtigter ist die Forderung, daß ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den immer stärker auftretenden Terrorismus gewährt wird. Die Gründung des reichsdeutschen Mittelhandelsverbandes begrüßen wir als eine heilsame Tat für den Mittelstand. Wenn der Mittelstand aufgestellt wird, dann wird er sich bald vom Feind abgrenzen, denn nach die Überschalen der absoluten Gewerkschaft und des absoluten Freihandels anboten. Der sozialdemokratische Abg. Feus hat einmal erklärt, es sei kein Unglück, wenn die arbeitslosen abhängigen Erzeugnisse des sogenannten kleinen Mittelstandes zugrunde gingen. (Hört, Hört.) Wir sind noch wie vor für eine besonnene Sozialpolitik nach dem Grundsatz: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. (Beifall rechts.)

Abg. Weidlich (Ztr.) befragt sich über die Einschränkung der persönlichen und bürgerlichen Freiheit des Arbeiters in obersteinständlichen Kolonialverträgen und wünscht eine entsprechende Erweiterung unserer Sozialpolitik. (Beifall.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 19. Januar 1914.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Etats der Landwirtschaftsverwaltung.

In einer Resolution der Kommission wird die Regierung ersucht, dem Hause eine Denkschrift über die zur Bekämpfung der Viehseuchen getroffenen Maßnahmen vorzulegen und vom Jahre 1913 ab ständige Mittel zur Förderung des Ob- und Gemüsedauers in den Etat einzuschließen. Die Abg. Pelius (Sp.) und Genossen beantragen, den Fonds zur Förderung des Ob- und Gemüsedauers von 300 000 Mk. auf 500 000 Mk. zu erhöhen. Ein Antrag der Abg. Bracht (nall.) und Genossen fordert die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, durch die die schwierige Lage des Juteerzeugers gebessert würde.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission beschlossen, alle Beamtenfragen und Fragen der inneren Kolonisation bis zur Beratung der angelegten Besoldungsreformen und der Vorlagen zur Unterstützung der inneren Kolonisation auszuschieben.

Bei den Entnahmen (Gebühren für die Untersuchung des in das Hollenland eingehenden Fleisches) bespricht Abg. Gorbelt (Ztr.) die Fleischversorgung des ober-schlesischen Industriebezirks. Der ober-schlesische Industriebezirk ist auf die Einfuhr russischer Schweine angewiesen, und dem sollte die Regierung ausreichend Rechnung tragen, indem sie das wichtigste Einfuhrkontingent wieder auf 3000 erhöht.

Beim Titel „Anteil Preussens an dem Ertrage der Reichstempelabgabe von Weizenkörnern und Pferdeerennern“ teilt

Berichterstatter Abg. v. Kessel (L.) mit, daß die Verhandlungen über das Weizenkorngesetz, das die Konjunkturalsteuer der Zuchtmacher befreit, noch nicht abgeschlossen seien.

Die Entnahmen werden unverändert bewilligt. Bei den Ausgaben, Winterversicherung, liegt ein Antrag des Abg. Hasbender (Ztr.), der von Konventionen und Nationalliberalen unterstützt ist, vor, möglichst bald dem Reichstagen zum Schutz der Landwirt-

schafft, wie des russischen Handels einen Gehentwurf zur Beilegung der aus dem Geleite des Handels mit Futtermitteln, Düngemitteln und Sämereien herrschenden Schwierigkeiten vorzulegen.

Abg. Basse (L.) fragt über den niedrigen Stand der Getreidepreise, über schwere Schädigung der Viehhaltung durch die Maul- und Klauenseuche und über Arbeiternot.

Minister v. Schorlemer: Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung hat infolge einer Entlastung von 100 000 Mk. gegenüber dem Etat für 1913 eine erhebliche Verringerung erfahren. Die Verringerung, daß Rußland beabsichtigt, seine Grenzen für die Saisonarbeiter zu schließen, ist unbegründet, weil nach dem bestehenden Handelsverträge Rußland 10% monatliche Pässe gewährt. Die Kultur ist auch in Rußland noch nicht so weit fortgeschritten, daß es imstande wäre, den großen Ueberschuß an Landarbeitern im Lande zu beschäftigen und zu ernähren. Wir können auch erwarten, daß die Verringerung des österreichischen Auswanderungsgesetzes, das die Beschränkung der Abwanderung von Arbeitern beschränkt, so gefast werden, daß wir auch in Zukunft auf den Zulauf von Arbeitern aus der Donaumonarchie rechnen können. Unsere Sachhaltung hat ein günstiges Ergebnis gehabt. Eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Viehseuchen ist dem Hause in der nächsten Session vorzulegen. Der Fleischsteuerung kann, glaube ich, durch langfristige Verträge der großen Städte mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften entgegen gewirkt werden. Ein Antrag zur Erteilung des Religionsunterrichts an der ländlichen Fortbildungsschule hat nicht ausgedrückt werden. Das die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan nicht zulässig sei, das auch durch Ortsräte oder Kreisverwaltungsbüros kein Wunsch, ein Religionsunterricht in der Schule sei, steht im Einklang mit meinen Ausprägungen im vorigen Jahre bei Beratung des Gesetzes über den Schulzwang bei den Fortbildungsschulen. Auch der Einmütigkeit der Gemeinden in der Sache wären, freiwillig für die religiöse Unterweisung zu sorgen. In diesem Sinne hat sich auch der Handelsminister geäußert. Wenn sie den Gemeinden und Schulaufsichtsbehörden das weitere überlassen, dann werden wir, wie jetzt schon in Schlesien, auch in Westfalen und in der Rheinprovinz sehr bald zu Verhältnissen kommen, die auch die befriedigend werden. Bezüglich des Zwangs, das betone ich nochmals, muß ich auf meine Erklärung vom vorigen Jahre bestehen.

Abg. Wallenborn (Ztr.): Dem Landwirtschaftsminister danken wir für seine Fürsorge für die Landwirtschaft. Aber bezüglich des Religionsunterrichts in ländlichen Fortbildungsschulen beharren wir auf unserem Standpunkt. Da im Jahre 1913 ein großer Teil der Ernte, namentlich beim Weizenbau, durch die Angang der Winterzeit verfallen ist und auch die Preise sehr gefallen sind, so würde durch die freie Einfuhr oder durch Zollermäßigung für Futtermittel sowohl der heimische Vater- und Getreidebau, wie auch der unglückliche Besitzer von verregneten Drogengewinnungen geschädigt, ohne daß dem Besitzer ein wesentlicher Nutzen daraus erwächst. Die Kräftigung und Förderung der Landwirtschaft ist eine für die Allgemeinheit sehr wichtige Sache. Grundbesitzung ist die Sicherung eines genügenden Volkseinkommens und des Schutzes gegen Viehseuchen, sodass eine immer mehr fortschreitende Ausbildung der ländlichen Jugend. Die Viehversicherungen sind unter Schonung ihrer Eigenart und Selbstständigkeit zu fördern. Bei Anwendung des Tuberkuloseimpfungsverfahrens wird die Abwanderung mancher Bestimmungen noch erforderlich werden. Ob- und Gemüsedauern müssen noch mehr geschützt und gefördert werden. Die Winterkulturen bedürfen noch weiterer Förderung. Ähnlich verhält es sich bei den Fortbildungs- und Haushaltungsschulen. Die Entschädigung der Lehrpersonen ist nicht ausreichend, besonders bei armen Gemeinden. In Winter- und Herbstgebieten sollte ein erhöhter Staatszuschuss eintreten. Das Anwachsen des Schreibens und die schablonenhaften Vorarbeiten bei ländlichen Fortbildungsschulen, wodurch dem Lehrer die Arbeitslast vergrößert wird, müssen fortfallen. Besonders dem Weizenbau muß die Verwaltung nach Kräften helfen.

Abg. Gier-Binken (L.) führt aus, daß der Agrarminister gegenüber, die sich durch die Abnahme der Rentebetriebe und in der Abhängigkeit in Bezug auf die land-

liche Bemerkungen ihres Gatten und fügte dann wohl auch mit kindlicher Selbstsucht hinzu:

„Mein Gott, muß denn ich, die ich meine Tante Erneuil so aufrichtig lieb hatte, dazu gebracht werden, zu wünschen, daß sie nicht geneset! Ich fürchte wahrlich, Gontran würde mir die Wiederkehr ihrer Gesundheit nicht verzeihen.“

Frau von Rodedur lernte begreifen, daß eine reiche Heirat nicht immer Glück in sich birgt. Sie sah auch ein, daß eine schlechte Handlung immer ihre Strafe in sich selbst trägt, daß ein Gebäude, welches auf Lüge und Heuchelei erbaut ist, keine Gewähr bietet.

Alles, was sie angestrebt und erreicht zu haben glaubte, schien zusammenzuströmen zu wollen: wenn Gontran sich als habfüchtig und geizig erwies, wie sein Vater, so befandete Jacques von Rodedur, der älteste Sohn der Baronin Amelie, einen Gang zur Verschwendungssucht und einen Mangel an Arbeitslust, die beängstigend wirkten. Auf die Vorstellungen seines Vaters entgegnete er:

„Nah, wenn ich heute nicht reich bin, was ich ja recht gut weiß, so werde ich es ja in der Zukunft; die Millionen meiner Tante Erneuil gehören doch uns.“

Diese Familienverhältnisse waren im Grunde genommen noch gering im Vergleich zu der Reue, welche die Baronin anstellte, wenn sie des Ausspruchs gedachte, daß die Genealogie von Frau von Erneuil nicht unmöglich sei, wenn man in der Lage wäre, ihr ihr Kind wieder zuzuführen. Bisher war es ihr gelungen, ihr Gewissen zu beschwichtigen, hatte sie sich gesagt, daß da ihr Reste vorzüglich untergebracht sei, sie ihm eigentlich keinen Schaden zufüge, weil er durch den Wohlstand seiner Mutter ja doch ihre Fälligkeit hätte erben müssen. Sie hatte sich gelobt, ihm eines Tages seine Stellung und sein Vermögen wiederzugeben, aber erst dann, wenn sie die Zukunft ihrer eigenen Kinder gesichert haben würde. Wachte sie auf, daß diese Handlung nicht streng korrekt sei, so sagte sie sich doch, daß sie kein Verbrechen war, weil im Grunde genommen niemand darunter litt. Mit solchen Schlußfolgerungen war es ihr ge-

wirtschaftlichen Arbeiter vom Auslande äußert, die Landwirtschaftsverwaltung auf dem Posten sein müsse. Wir müssen dahin streben, und in der Landwirtschaftsmöglichkeit vom Auslande unabhängig zu machen. Der Großgrundbesitzer, der für die kleinen Grundbesitzer vorbildlich wirken muß, erscheint uns ein unentbehrlicher Faktor.

Abg. Johannsen (Ztr.): Den Erklärungen des Ministers über den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen stimmen wir zu. Das Verlangen der Freistellung nach Abschaffung der Religionsunterrichts lehnen wir ab.

Abg. Hoff (Sp.): Ein Zurückgehen der bäuerlichen Bevölkerung ist besonders da zu beobachten, wo der große Grundbesitz vorherrscht (Widerpruch rechts). Besonders in der Viehzucht ist eine Stagnation und sogar ein Rückgang eingetreten. Wir sind der Meinung, daß nur der deutsche Bauer der Glorifizierung entgegenwirken imstande ist. Die Wirkung der Sozialpolitik ist für die bäuerlichen Betriebe keineswegs günstig gewesen. Wir werden immer für den Schutz der Landwirtschaft, und insbesondere für eine Stärkung des Bauernstandes eintreten.

Abg. Braun (Ztr.): Es ist bedauerlich, daß die Einfuhr russischer Fleisches nicht über den 1. April hinaus erleichtert werden soll. Die Erfolge der Landflucht der Arbeiter liegt in der unzureichenden materiellen Lage und der schlechten Behandlung. Erst wenn die Arbeiter auf dem Lande die Gleichberechtigung erhalten, werden sie selbst bleiben.

Dienstag: Weiterberatung.

Abg. Johannsen (Ztr.): Die deutsche Volkswirtschaft steht am Beginn einer wirtschaftlichen Depression und es drängt sich die Frage nach ihrer Dauer und Stärke auf. Es handelt sich dabei um eine Krise des internationalen Weltmarktes, die bis 1912 zurückzuführen ist. Für Deutschland und die übrigen Staaten kommt nach als nationales Moment hinzu, daß durch die Besetzung der Weltmärkte für den Kriegsjahr das Geld nicht nur teurer wird, sondern an manchen Stellen überhaupt nicht mehr zu haben ist, und dadurch Stellen überhand nehmen oder erheblich geschädigt werden. So ist die wirtschaftliche Depression des Weltmarktes eine der unangenehmsten Folgeerscheinungen der letzten Kriegerkrisen. Von schämem Einfluß für die Befriedung des Weltmarktes ist die wahre Einkauf von Kommoditäten. (Sehr richtig im Zentrum.) Hier müssen die Sonderinteressen im Interesse des Gemeinwohls zurückgedrängt werden. Auch bei den auswärtigen Märkten der nächsten Zeit, besonders der Balkanländer, ist der Rückgang der Nachfrage auf der ganzen Linie. Die Verbesserung der räumlichen Verhältnisse im Verlaufe von 30 Millionen von der Dispositionsgesellschaft findet ausnahmsweise unsere Billigung. In einer erheblichen Steigerung der deutschen Einfuhr nach Rumänien, die ja jetzt schon diejenige aller anderen Staaten übersteigt, zu Gunsten kommt. Eine Verlängerung der deutschen Volkswirtschaft kann nur geschehen, wenn der deutsche Kapitalmarkt gesünder und das ist nur möglich, wenn er auf Jahre hinaus gesünder wird. (Beifall im Zentrum.) Das Jahr 1913 mit seiner unvolgen der befristenden Ernte außerordentlich hohen Verrechnung des deutschen Viehbestandes hat bewiesen, daß der Rückgang der beiden darauffolgenden Jahre nicht auf unsere Wirtschaft und Politik, sondern lediglich auf die Dürre 1911 und die Witterung 1912 zurückzuführen war. Auch die Theorie ist damit widerlegt, daß auch die Preissteigerung und Preisrückgang in landwirtschaftlichen Produkten steigere wärden. Das günstige Ergebnis des Außenhandels gibt der Regierung einen Anlaß, die Exportsubventionen und den Exportzoll der Fleischindustrie mehr als bisher zu erhöhen. Die Preispolitik der Rohstoffe, insbesondere der Kohlenindustrie, ist eine der schmerzhaften Gegenstände. Bei dieser Gelegenheit möchte ich, daß die Regierung diesmal an das Kohlenhandelsgesetz zu ähnlichen Bedingungen wie das vorige Jahr nicht zu haben ist. (Beifall.) Wir müssen bei der künftigen Gestaltung unserer Wirtschaft ernstlich nach Mitteln und Wegen suchen, um das zu erreichen, daß unsere Wirtschaft nicht nur den Rohstoffverhältnissen, sondern auch der Fertigungsindustrie zu Gute kommen und nicht zur Belastung der Fertigungsindustrie benutzt werden. (Beifall.) In dieser Hinsicht möchte ich die Preissteigerung das nötige Maß von Aufschüben des gegenüber von Kartellen und Privatschlüssen sichern, um etwaige gemeinschaftliche Beschlüsse derselben zu verhindern oder doch wenigstens rechtzeitig durch die Preisgebung oder durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu paralysieren. Wir müssen vor allem unsere handelspolitischen Beziehungen zu den alten Staaten erweitern. Wir erwarten von den neuen amerikanischen Zolltarifen eine Erleichterung für unseren Export. Die Zollschranken dort, wie auch in Frankreich und Rußland müssen verschwinden. Eine durchgreifende Aktion der Regierung gegenüber den Vorgängen in Rußland ist notwendig.

Abg. Reinath (nall.) hält die Kartelle für eine notwendige Erscheinung des heutigen Wirtschaftslebens, weil durch sie unsere Volkswirtschaft eine größere Beständig-

keit erhält, bewahrt aber auch ihre Auswüchse. In der sozialen Politik habe Deutschland große Fortschritte gemacht. Die Landwirtschaft sei allmählich in eine etwas günstigere Lage gekommen und habe gezeigt, daß sie den inländischen Konsum im wesentlichen decken könne. Seine Partei habe an der Zoll- und Wirtschaftspolitik teil.

Abg. v. Graefe-Wilhelm (nall.): Die Wirtschaft ist trüger, als ob wir einen Schluß der Sozialpolitik iminieren. Wir verstehen unter Sozialpolitik aber nicht nur den Schutz der arbeitenden Massen, sondern einen geradezu unerschöpflichen in den wirtschaftlichen Kämpfen. Ein übertriebenes Tempo halten wir jedoch nicht für angebracht. Angenehm ist es, wenn die Sozialdemokraten von einer allgemeinen Wohnungsnot der ländlichen Arbeiter sprechen. Verlangen müssen wir größeren Schutz der Arbeitwilligen. Die Leute müssen das Recht haben, in die Organisations zu gehen, die ihnen helfen. Ich für meine Person halte das Organisationswesen für eine Notwendigkeit. Umso berechtigter ist die Forderung, daß ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den immer stärker auftretenden Terrorismus gewährt wird. Die Gründung des reichsdeutschen Mittelhandelsverbandes begrüßen wir als eine heilsame Tat für den Mittelstand. Wenn der Mittelstand aufgestellt wird, dann wird er sich bald vom Feind abgrenzen, denn nach die Überschalen der absoluten Gewerkschaft und des absoluten Freihandels anboten. Der sozialdemokratische Abg. Feus hat einmal erklärt, es sei kein Unglück, wenn die arbeitslosen abhängigen Erzeugnisse des sogenannten kleinen Mittelstandes zugrunde gingen. (Hört, Hört.) Wir sind noch wie vor für eine besonnene Sozialpolitik nach dem Grundsatz: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. (Beifall rechts.)

Abg. Weidlich (Ztr.) befragt sich über die Einschränkung der persönlichen und bürgerlichen Freiheit des Arbeiters in obersteinständlichen Kolonialverträgen und wünscht eine entsprechende Erweiterung unserer Sozialpolitik. (Beifall.)

Dienstag: Weiterberatung.

× Nachträge zum Preussentag.

Der „Preussentag“ ist nicht gerade beliebt. Die Tagung des „Preussentages“ hat diese Stimmung noch verstärkt. Es werden dem Bunde bereits recht ernstliche Vorwürfe gemacht.

Zunächst liegen zwei Richtigestellungen vor, eine von der amtlichen, bayrischen Staatszeitung, die hoffentlich sehr tauschig gegen die Art Einspruch erhebt, wie Generalleutnant v. Kraft das Verhalten preussischer und bayrischer Truppenteile in der Schlacht von Orléans zur höchsten Ehre des Preussentums gegeneinander ausgepielt hatte, was angeht des heidnischen Verhaltens der bayrischen Arme natürlich sehr verstimmt wirken mußte. Generalleutnant v. Kraft hatte über eine angeblich selbst erlebte Episode aus der Schlacht bei Orléans im Jahre 1870 Aeusserungen getan, wonach dort die Bayern „schon vor dem französischen Feuer zurückgezogen, die Preußen aber fort angegriffen hätten“. „Wenn wir kommen“, so rief er aus, „bringen sie alle Geisse!“ Die „Staatszeitung“ bemerkt:

Es sei noch an die bisher vorliegenden Berichte nicht ersichtlich, welchen Abschnitt der Schlacht bei Orléans Herr v. Kraft im Auge gehabt habe, sie erhebe aber schon jetzt Einspruch gegen die Art und Weise, in der das Verhalten verschiedener Truppenteile der verbündeten Armeen gegeneinander ausgepielt wurde, um so mehr, als gerade in den Kämpfen in und um Orléans die Bayerische Arme unter den schwersten Verlusten sich heldenmütig geschlagen und mit unvergänglichem Ruhm bedeckt habe. Die Freunde an den gemeinsamen großen Errungungen, die Preußen und Bayern aus den Jahren 1870/71 verdanden, wurde durch solche Entstellungen eines Einzelnen ja nicht beeinträchtigt werden können, umsohin aber seien sie auf das lebhafteste zu bedauern.

Herr v. Kraft wird einige Mühe haben, seine schneidigen Angriffe zu erwidern. Der Stachel bleibt, trotzdem die „Preussentag“ Herrn v. Kraft wohlfeil mit der Bemerkung, er habe ja nur gesagt, die Bayern hätten vor der Übermacht zurückgehen müssen und die Preußen seien ihnen zuliebe gekommen. Wenn das richtig wäre, so müßte die Aeusserungen ebenso überflüssig gewesen und ebenso geeignet, in Bayern Verstimmung zu wecken.

Zu derselben Zeit wendet sich der Vorsitzende der bayrischen Reichspartei, Herr v. Beckmann, dagegen, daß ein Redner aus dem Preussentag erzählt habe, Beckmann habe ihm geschrieben, er sei Preuss-

lingen, vier Jahre hindurch ihr Gewissen zu beschwichtigen. Nun änderte aber der Ausspruch des Arztes einigermaßen die Lage der Dinge. Konstantin seiner Mutter nicht zuzuführen, ließ dieselbe zu weiserem Wahnsinn verkommen, und Amelie sagte sich, daß sie jetzt nicht nur ihren Reffen um sein Erbteil betörte, sondern daß sie auch an der Schwägerin zuzufügen einen geistigen Nord begehrte. Sie begriff mit einem Male die ganze Größe und Tragweite ihres Verbrechens.

In langen, schlaflosen Nächten suchte sie verzweifelt nach Mitteln und Wegen, um ihre persönlichen Interessen mit denen Frau von Erneuil zu vereinen, um das geistliche Unheil wieder gutzumachen. Sie konnte sie es nur ermöglichen, Vermögen und Stellung zu entzogen und dabei doch ihren guten Namen, ihre Ehre unbescholten zu halten?

Je mehr sie nachdachte, desto mehr überlegte, desto mehr wickelte sich ihre Gedanken; wie hätte sie denn plötzlich dazu kommen sollen, zu sagen: „Ich höre, daß mein Neffe in Rußland leidet“, ohne daß sie weiter erklärt hätte, auf welche Art ihr dieses Kenntnis zuteil geworden? Wie sollte es ihr gelingen, jeden Verdacht von sich abzuwenden? Die Befindungen allein schon würden ein Beweis ihrer Schuld. Sobald die Frau des Wälders nicht mehr zu hoffen hatte, würde ihr auch nichts mehr die Notwendigkeit des Schwiegern aufzuheben; sie würde erzählen, daß seit Jahren ein unbekannter annehm eine regelmäßige Pension für das Kind zahlte. Man würde forschen und schrittweise die Wahrheit ergründen. Was aber sollte dann die Welt denken, jene Welt, welche bisher der Kaiserin und Mutter nur Bewunderung entgegengebracht? Nein, die Töchter, welche Baronin Amelie verdrachte, waren nicht beneidenswert! Jawohl, sagte sie einem mühen Entschluß: sie wollte bei der Vereingung ein öffentliches Bekenntnis ablegen, sie wollte durch ihre Demut das Urteil der Welt erweichen; sie wollte sagen: „Das habe ich getan, weil ich nicht den Mut hatte, anders zu handeln. Errett den Tod über mich, so viel ihr wollt, aber laßt mich in Bergehen nicht auf meinen Gatten, auf meine Kinder zurückfallen.“ (Fortsetzung folgt.)

Das verlorene Kind.

Roman von Marie Lescol.

Herr von Gronillot war nicht zufrieden. Durch die Schamheit der Baronin von Rodedur besetzt, sah er nur zu bald die Unflughheit ein, welche er begangen; seine Schwägerin war reizend, das ließ sich nicht in Abrede stellen; sie liebte Gontran und zeigte sich bei jeder Gelegenheit jauch und geizig. Sie war auch leicht zufriedener zu stellen und sehr sparsam aus Bewohnheit und weil ihr dies anergogen worden. Da sie aber eines Tages reich sein würde — und wann — diese Frage erschien ihm mindestens zweifelhaft.

Juste von Erneuil hatte sich über Erwartungen erholt. Sie war nicht nur nicht gestorben, man mußte sich sogar sagen, daß eine Besserung sich bemerkbar machte. Unzurechnungsfähig war sie freilich immer noch in Bezug auf Alles, was ihr Kind betrafte, aber in anderer Hinsicht meinten sich die Augenblicke, in denen sie bei voller Vernunft war. In geschäftlicher Beziehung beispielsweise befandete sie ein stannenswertes Klarheit. Erst, wie sie es früher getan, willenlos ihrem Bruder zu allem ihre Unterschrift zu geben, ließ sie sich jetzt genau den Inhalt eines jeden Schriftstückes erklären, unter welches sie ihren Namen setzen mußte, sie bekümmerte sich um die Verlängerung der Nachverträge, um die Anlage von Papieren, und erklärte lächelnd: „Ich muß eine kluge Verwalterin des Vermögens sein, welches meinem lieben Kinde gehört.“

Jawohl, war es sekundenlang, als ob sie die Aufmerksamkeit des Kindes ohne. Anständig und erschreckt richtete sie sich dann wohl auf und fragte:

„Wo ist Tintin, ich liebe ihn nicht!“

Justine und Jeanette bemühten sich dann hastig, sie zu beruhigen, indem sie erklärten, der Kleine sei mit Lutas im Gemüsgarten oder spiele in der Nationalallee. Sie beruhigte sich dann schnell und bald war ihr Geist wieder völlig unmaßnahmt. Sie sah das Kind vor sich, schalt es, weil es zu spät

Unter Tränen ergabte Genevieve folche und ab-

nicht durch Geburt, aber durch freie Wahl seines Herzens. Herr v. Beckmann erklärt, dieser Redner habe folgenden wichtigen Passus seines Briefes unterdrückt, der lautet: „... ich habe das bei David Müller gelesen. Ich habe es aber niemals mir zu eigen zu machen erlaubt, sondern ich hänge im Gegenteil mit allen Fasern meines Herzens an meiner engeren Heimat um.“

Das sind zwei empfindliche Zurückweisungen des Kaisers, in dem die preussischen Leute am Sonntag geschmerzt haben. Trist das „Preussentum“ so trotzig und prozig auf, so ist das eine schwere Gefahr für die nationale Eintracht. Die anderen deutschen Staaten und Stämme sollten unsere Brüder sein, aber wir dürfen und können sie nicht zum Gefinde in der vergrößerten Preussenschaft machen. Durch ein solches Kurieren der eiternen „Preußen“ wird nicht nur die Mainlinie nach Süden hin wieder zu einem Trennschritt, sondern man schafft auch noch eine Glibline nach Westen hin.

Die Lage in Albanien.

Prinz Wilhelm zu Wied hat die Mächte wissen lassen, daß er die Regierung in Albanien antreten werde, sobald sie die Finanzfrage erledigt haben werden. Der Fürst stellt nur die eine Bedingung, daß ihm von dem garantierten Anleihenkapital der Betrag von 20 Millionen sofortig ausbezahlt werde, um für die politischen und militärischen Einrichtungen ausgeben das Notwendigste zur Hand zu haben. Die Mächte haben die Berechtigung dieser Bedingung anerkannt und werden sie erfüllen, doch verschließen sich ihre Erörterungen über die Form der zu leistenden Garantie dank der traditionellen diplomatischen Spitzfindigkeiten ins Unabsehbare, und es wird darum wohl noch längere Zeit vergehen, ehe der Prinz seine Argonautenfahrt antreibt.

Was könnte den angeblichen Herrscher von Albanien Wilhelm den Kühnen nennen, denn es gehört ein außerordentliches Maß von Wagemut dazu, die Leitung dieses Volkes zu übernehmen, das von den urchwichtigsten Leidenschaften erfüllt, von den mannigfaltigsten Begierden zerklüftet und den gewissenlosesten Ränkeschmeiden ausgeliefert ist.

An abschreckenden Erlebnissen hat es gerade in der letzten Zeit nicht gefehlt. Wie unjüdisch die Lage in Albanien zur Zeit ist, ergibt sich aus nachfolgender offizieller Darlegung in der „Nordd. Allg.-Ztg.“:

„Für Albanien wird die in Salona eingeleitete internationale Kommission vorübergehend die Ausführung der notwendigen Verwaltungsmaßnahmen übernehmen. Von den bisherigen tatsächlichen Inhabern der Regierungsgewalt, Ismail Kemal Bei und Eschad Pascha, darf erwartet werden, daß sie in dieser Übergangszeit der Tätigkeit der internationalen Kommission keine Hindernisse in den Weg legen.“

Bei einer solchen diplomatischen Anstellung muß man zwischen den Zeilen lesen, und da steht deutlich geschrieben, daß zur Zeit a) arabischer Zustände in Albanien herrschen. Ismail Kemal Bei ist durch seine hinterlistige Teilnahme an dem Versuche, den Rohamedaner und bisherigen türkischen Kriegsminister Iszu Pascha auf den albanischen Thron zu erheben, so schwer kompromittiert, daß er von Rechts wegen nicht bloß abgesetzt, sondern verhaftet werden müßte. Dazu hat aber die internationale Kommission weder Mut noch Mut. Sie begnügt sich damit, Herr Ismail die „notwendigsten Verwaltungsmaßnahmen“ aus der Hand zu nehmen. Ob Ismail und der andere Ränkeschmeid Eschad sich das gefallen lassen, weiß man noch nicht; es heißt zögerlich, „man darf erwarten, daß sie in dieser Übergangszeit keine Hindernisse in den Weg legen“. Auf eine positive Mitwirkung rechnet man schon gar nicht.

Von Wien aus wird eine Beschuldigungsdepesche verbreitet, die in der Versicherung gipfelt, es handle sich ja nur noch um eine kurze Frist, bis der Prinz zu Wied angekommen sei und ein neues Kabinett bilden könne. Was nicht das neue Kabinett, wenn es keine Persönlichkeiten von Einfluß und Macht und zugleich von Ehrlichkeit aufweist? Den entlarvten Verräter Ismail Kemal kann der Prinz nicht berufen; er hat also diesen Mann und sein ganzer Anhang gegen sich. Eschad Pascha ist freilich noch nicht regelrecht entlarvt, aber nach seiner ganzen Vergangenheit verdient er das schärfste Mißtrauen. Seine jüngsten Ergebenheitsurkunden ändern daran nichts; sie erwidern vielmehr den Verdacht, daß er darauf spekuliert, von dem neuen Fürsten zur Leitung der Geschäfte berufen zu werden. Der Wiener Beschuldigungs-Kommissar versichert freilich, den Erklärungen Eschad Paschas sei Glauben beizumessen; aber auch er muß zugestehen, „es ist wohl eine starke Propaganda zugunsten Eschad Paschas im Gange, doch geschieht dies nicht durch Gewalt und nicht zu dem Zweck, ihm zur Fürstenwürde zu verhelfen“. Nun, wenn Eschad erst mit Hilfe des Fürsten die Macht in den Händen hat, dann werden er und seine Anhänger schon mit dem „Stemmbügel“ fertig werden.

Weitere Schwierigkeiten kommen aus Südalbanien. Die Griechen sollten das kritische Gebiet bis zum 16. Januar räumen; sie behaupten auch, sie hätten schon damit den Anfang gemacht und zwei ganze Bataillone, nämlich kretische, nach Saloniki abmarschieren lassen. Das Gros steht also offenbar noch da, und es werden schon Kämpfe mit albanischen Banden gemeldet, was einen erwünschten Vorwand für weiteres Verbleiben der griechischen Truppen abgeben kann. Zum Ueberflus bilden die Griechen auch noch „heilige Legionen“, die dem neuen Fürsten auf jeden Fall noch das Leben sauer machen werden.

Trotz aller Vertrauenslosigkeit nimmt man erfreulicher Weise in Wien doch die Abfindung v. eiterer Kriegsschiffe nach Salona in Aussicht. Daran sollte man es wirklich nicht fehlen lassen, damit der neue Fürst im Notfall sich rechtzeitig zurückziehen kann. Die ganze Geschichte sieht dem mexikanischen Abenteuer des unglücklichen Maximilian sehr ähnlich. Möge man wenigstens Vorkehrungen treffen, daß Prinz Wilhelm nicht auch einem revolutionären Kriegsgewalt hilflos preisgegeben wird.

Reinlich wurde berichtet, der deutsche Kaiser habe den Prinzen auf die großen Schwierigkeiten und Gefahren aufmerksam gemacht, aber Prinz Wilhelm und seine Gemahlin ließen sich von ihrer „Kulturmission“ nicht abhalten. Ob der Kaiser als persönlicher Freund eine Warnung ausgesprochen hat, wissen wir nicht; als Staatsoberhaupt kann er nicht hindern eingegriffen haben, nachdem die Dreimächte sich über die Kandidatur des Prinzen geeinigt hatten. Aber es ist doch gut, wenn vor aller Welt festgestellt wird, daß weder der deutsche Kaiser noch die deutsche Politik sich irgendwie ins Ungelegte haben für die Berufung eines deutschen Prinzen nach Albanien. Deutschland hat keinerlei Verantwortung für den Ausgang der Sache.

Deutsches Reich.

2. Berlin, 19. Jan. 1914. Der Kaiser beabsichtigte Montag mittag im Weißen Saale des königlichen Schlosses die zur Armee und Marine heranstehenden

Kadetten. — Die Königin von Griechenland, die Schwester des Kaisers mit dem Thronfolger und dem Gefolge ist nach Berlin abgereist. Entgegen verschiedenen anderweitigen Versicherungen erklärt die Agence d'Athènes, daß die Königin keine politische Bedeutung habe. — Ein nationalliberaler Antrag in Reichstag fordert für die Reichstagsmitglieder freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen nicht nur für die Dauer der Session, sondern für die ganze Legislaturperiode. Wie aber offiziös aus Bundesratkreisen verlautet, sind bis jetzt keine Anzeichen vorhanden, daß sich eine Mehrheit im Bundesrat für eine Abänderung des Gesetzes in der Richtung des Antrages finden wird.

* Kur für Oberst Reuter. Die vom Kriegsgericht Straßburg im Prozeß gegen den Oberst v. Reuter zu dessen Freisprechung angeführte „Begründung“, daß ihm das Bewußtsein der Rechtsmüdigkeit gefehlt habe, wurde, wie wir der Oester-Glocke entnehmen, vor einigen Tagen auch in einem Prozeß wegen Jagdvergehens gegen einen Angeklagten aus dem Kreise Wiedenbrunn von dem Verteidiger desselben geltend gemacht, indem derselbe u. a. geltend zu machen suchte, daß auch auf Grund des § 368 Nr. 10 des Strafgesetzbuches eine Freisprechung nicht erfolgen könne, da dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtsmüdigkeit seiner Handlung gefehlt habe. Dieses Bewußtsein sei aber nach der jüngsten Verurteilung in Straßburg erforderlich, und was dem Militär recht sei, das sei der Zivilbevölkerung billig. Das Schöffengericht verurteilte jedoch trotzdem den Angeklagten zu 5 Mark Geldstrafe. — Es ist dies unseres Wissens der erste Fall, in dem sich ein Verteidiger zugunsten eines Angeklagten auf die „Begründung“ des Freispruchs zugunsten des Oberst v. Reuter mit der Behauptung des mangelnden Bewußtseins der Rechtsmüdigkeit berufen hat; andere Verteidiger werden jedenfalls diesem Beispiele folgen; aber ebenso vergeblich. Ein solcher „Grund“ gilt wohl für Reuter, aber sonst nicht weiter.

* Das Jäger Regiment. Die der „Allg.“ aus guter Quelle erfährt, wird das Infanterieregiment Nr. 99, das auf die Truppenübungsplätze Wilsch und Hagenau verteilt ist, bis zum Oktober dieses Jahres dort verbleiben. Darauf wird das Regiment nach Straßburg in Garnison kommen. Ueber die Verlegung eines anderen Regiments nach Jäbern scheiden noch Verhandlungen.

* Die Zwillingen gegen Oberst v. Reuter wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung usw. sollen bereits in der nächsten oder übernächsten Woche vor dem Jäger Landgericht verhandelt werden. Die Straßburger Neue Ztg. weist darauf hin, daß die Richter, um zu einem richtigen Urteil zu kommen, die Erhebung einer Anzahl von Beweisen anordnen werden, da die militärischen Urteile für die bürgerlichen Gerichte unüberwindlich sind. Mit besonderer Spannung sieht man diesen Verhandlungen entgegen, denn erstens besteht die Möglichkeit, daß Oberst v. Reuter die Jäger Richter, die in der Kriegsgerichtsverhandlung als Zeugen aufgetreten sind, als belangen ablehnen wird, vor allem aber besteht die Frage, ob die Richter tatsächlich wie rechtlich nicht in einem anderen Standpunkte als des Kriegsgericht kommen werden.

* Oberst v. Reuter, Kommandeur des Jäger Regiments ist bekanntlich beim Ordensfest durch die Vertreibung des Roten Adlerordens dritter Klasse mit der Schleife ausgezeichnet worden. Einige Blätter halten das für etwas besonders Bemerkenswertes. Die Ordensverleihung hat aber nichts Ausfallendes an sich, denn Oberst v. Reuter war dem Verkommen gemäß für diese Auszeichnung „an der Reihe“, und nach seinem Freispruch lag auch kein formeller Grund vor, ihm die übliche Ordensauszeichnung vorzuenthalten.

* Wiltz geht nicht mehr zu Hofe. Der holländische Minister Stadsdoroconetenvorsteher, der Sozialdemokrat Wiltz, dem von den Ueberbrüdern die Entgegennahme des lateinischen Händerechts als schwerer, nur mit dem Ausschluß aus der Partei zu löhnenes Verbrechen angedreht wurde, hat sich unterworfen. Er wird in Zukunft nicht mehr zu Hofe gehen, vielmehr, wie schon jüngst beim Geburtstag des Königs, „entschuldigend fehlen“. Trotzdem nimmt das Ausschlußverfahren gegen Wiltz seinen Lauf, — wenn es auch, wie jetzt angenommen werden kann, mit der Freisprechung des Angeklagten enden wird.

* Ratswahl, 19. Jan. 1914. Bei der Landtagswahl in Frankenauberg-Land wurde Sozialdemokratische Kammer mit 596 gegen 410 Sozialdemokratische Stimmen gewählt. Die Sozialdemokraten im Ratswahlbezirk verloren damit die Majorität.

— Straßburg, 19. Jan. 1914. In Jäbern fand gestern eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung statt, in der der Landtagsabg. Georg Doll, Reichstagsabg. Röber und Rechtsanwalt Bruno Weil über das Thema: Unser Kampf um Recht sprachen. In der Aussprache ergriff auch ein früherer preussischer Hauptmann das Wort, der unter Berufung auf seine 21jährige makkellose Dienstzeit erklärte, daß Leute vom Schlag eines Herrn v. Reuter niemals in Elsaß-Lothringen moralische Eroberungen machen könnten, daß sie im Gegenteil durch ihr ganzes Verhalten verbitternd auf die Bevölkerung wirken müßten. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß die Beziehungen zwischen Bürgerchaft und Militär bis zum Entsetzen des Obersten v. Reuter durchaus ungetrübt gewesen seien. Die in der Norddeutschen Allg. Ztg. enthaltenen Mitteilungen über trühere Ereignisse wurden als Unterstellungen zurückgewiesen, mit dem Hinweis, daß es sich dabei um vollkommen verzerrte Vorfälle gehandelt habe. Die Militärbehörde habe übrigens damals die in Betracht kommenden Militärpersonen verurteilt. Zum Schluß sprach die Versammlung dem Reichstag für sein mannhaftes Eintreten ihren Dank aus.

Sabern in der Ersten reichstäglichen Kammer.

— Straßburg, 19. Jan. 1914.

Die Erste Kammer behandelte heute die Interpellation über Jäbern. Begründet wurde sie durch Dr. Curtius, Präsident des Oberkonsistoriums. Er beklagte mit einigen scharfen Schlagwörtern die tiefe Kluft zwischen den Offizieren und der Bevölkerung des Landes. Jene säßen in den Elsaß-Lothringern nur Feinde, während in Wahrheit nur die elsaß-lothringische Kultur einen französischen Einschlag habe, gegen den auch die beste Regierung nichts machen könne. Das Land sei aber weder antinational noch antimilitärisch, es lasse sich aber nicht die Pflicht auferlegen, feindliche Vermittlungen gegen Frankreich zu hegen. Jede Regierung müsse auf das Land Rücksicht nehmen, denn sie dorste. Als der elsaß-lothringischen Geschichte könne man aber die 200 Jahre französischer Geschichte nicht einfach negieren. Die Offiziere sollten sich betheiligen, die Verantwortlichen im sog. Feindesland besser zu berücksichtigen, Staatssekretär Jörn von Bülach erhob vollständige Klärung der Verhältnisse durch die Radikalisierung der Dienstverhältnisse. Professor Dr. Laband verlas in längeren Ausführungen die Tätigkeit der Kadettenorder von 1820 nachzuweisen. Es lasse sich aber nicht vermeiden, daß Gesetze schärfen und falsch angewendet werden. General von Rögler verteidigte das Militär. Eine Verlesung des Jägerregiments nach Wilschburg hätte die Erregung nicht befähigt. Zweifellos sei das Militär von der Bevölkerung wie von der Presse arg beschimpft worden. Durch das freigegerichtliche Urteil sei

der Fall endgültig erledigt. (Widerspruch und Heiterkeit.) Bürgermeister Dr. Schwander (Straßburg) erhob Einspruch gegen die Freisprechung in Deutschland. In jeder kleinen deutschen Garnison wäre der Jägerregiment Leutnant unmöglich gewesen. Daß die Wades-Affäre einen so großen Widerhall fand, gehe darauf zurück, daß die elsaß-lothringischen Rekruten in den Kasernen schon längst beschimpft worden seien. Die Militärbehörde hätte die Pflicht gehabt, einen solchen Schimpf zu sühnen. Der Kaiser würde sich davon tun, die unzulässige Kadettenordnung auszugeben, denn ihre Befehle bringe einen unzulässigen Rechtszustand. Wer garantiert uns, so rief der Bürgermeister unter allgemeiner Heiterkeit, daß nicht für die sächsischen Truppen im Lande eine ähnliche Kadettenordnung aus der Zeit Augusts des Starren besteht? Ungewißheit über die Straßburger Handelskammer, stellt fest, die elsaß-lothringische Bevölkerung habe während der ganzen Jäger-Affäre ein musterhaftes Verhalten an den Tag gelegt. Graf von Kaula protestierte als konservativer Mann gegen die konservative Freisprechung im Reich, wodurch die Dinge auf den Kopf gestellt würden. Eine Wendung in der „Teutis. Tagesztg.“ brandmarkt er direkt als Lüge. Man dürfe sich im Falle der Kadetten das Verhalten haben, daß sie im Falle ihrer Pflicht toll und ganz seien, auch wenn sie von ihren Vorgesetzten beschimpft worden wären. (Beifall.) Bürgermeister Glumhals (Wilmers) wendet sich dagegen, daß der Reichsanwalt die elsaß-lothringische Verfassung einfach als Nebenbedingung behandle. Zum Schluß erklärt Staatssekretär Jörn von Bülach auf eine Anfrage, es falle dem Reichsanwalt nicht ein, von dem ihm zustehenden Rechte keinen Gebrauch zu machen. Das Recht, die Verordnungen zum Bundesrat zu ernennen und zu imstruieren, lasse er sich nicht nehmen. Er glaube nicht, daß der Reichsanwalt sich anders ausgesprochen habe. Wilmers nahm die Kammer mit 83 gegen 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Entschließung an, in der es heißt: Die Erste Kammer beklagt auf tiefste die Vorkommnisse in Jäbern, und ist der Ansicht, daß sie vermieden worden wären, wenn das unwürdige, die Bevölkerung verletzende Verhalten eines jungen Offiziers sofort die entsprechende Remeur erhalten hätte. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich um selbständigen Eingreifen befehligt, ebenfalls bei der in maßloser, das rechtliche Empfinden verletzenden Weise erfolgten Ausführung sich schwere Verfehlungen seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen. Sie ersucht die Regierung, an maßgebender Stelle eine Entschuldigend in dem Sinne herbeizuführen, daß die Gesetze von der Militärbehörde in Elsaß-Lothringen beachtet werden.

* An die Verbindungen der christlich-nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten Deutschlands erklärt der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses einen Aufruf, in dem es heißt:

Im halber Freude können wir auf den Kongreß in Berlin zurück. Der dritte deutsche Arbeiterkongreß hat allen Erwartungen voll entsprochen, die wir auf ihn gesetzt haben. Er war die bedeutungsvollste Tagung, welche die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung Deutschlands je veranstaltet hat.

Wir haben den sozialpolitischen Wert der Stunde erkannt und unsere Verhandlungen sind ihm in allen Punkten gerecht geworden. Wir wollen nicht, daß gerüßelt wird an unseren sozialen Erwerbungen. Wir brauchen keine neuen Gesetze zum „Schutze der Arbeitwilligen und gegen die soziale Bewegung“. Die bestehenden Gesetze reichen aus, um Entartungen und Mißbräuchen zu begegnen. Wir haben für Scharfmachernächste keine Verhältnisse und verworfen sie. Das haben wir auf dem Kongreß feierlich erklärt. Und das hat auch die Sozialpolitik nicht tadeln darf, daß sie vielmehr fortgesetzt werden muß.

Aber nicht in der bloßen Abwehr sozial-rückwärtslicher Bestrebungen hat unser Kongreß seine Stärke gezeigt; noch ihm selbst von unseren Feinden nachgerühmt werden muß. In die fächerförmige Durchleuchtung schwieriger sozialer Tagesfragen. Man nehme die Frage der Lebensmittelpreiserhöhung, die Wohnungsfrage, die Frage der Arbeitslosenfrage, — noch nie hat bislang eine Arbeiterversammlung die Probleme in so strenger Sachlichkeit und darum für die Öffentlichkeit und Regierung so anregend und weisevollend besprochen, wie es auf unserem Berliner Kongreß geschah. Darin hat er die Scharfmacher von rechts wie von links tief beschämt. Wo immer in den nächsten Jahren die Erörterung über die genannten Fragen anheben mag, an den Verhandlungen des Berliner Kongresses und an seinen Beschlüssen wird man nicht vorbeigehen können.

Nun aber gilt, den Inhalt dieser entscheidenden Tage zum geistigen Eigentum unserer Mitgliedschaften zu machen. Unserer Mitglieder werden von dem Geiste, der die Tagung leuchtete, voll und ganz durchdrungen werden. Die öffentliche Meinung bedarf fort und fort allerorts eine unangefochtene Beeinflussung. Lebensmittelpreiserhöhung, Mißstände im Wohnungswesen und Arbeitslosenfrage stellen und eine Fülle von Einzelangelegenheiten, deren Weiterverfolgung in Staat und Gemeinde durch unsere Organisationen angeregt und in Kraft gehalten werden muß. Darum ergeht unser Aufruf zur Arbeit an alle, die innerlich zu uns stehen! Es heißt: Massen austritten und Massen sammeln. Zur ein: starke christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung kann eine dauernde Bürgerchaft für die geistliche Weiterentwicklung unserer sozialen Verhältnisse sein.

Unser Ziel können wir um so vollkommener erreichen, je stärker wir sind an Zahl, je umfassender unsere Organisationen, je mannigfacher unsere Arbeit. Darum heißt unsere Forderung für und für: Stärkt die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung!

Ausland.

* Der französische General Signart, der Kommandant des II. Armeekorps, ist Montag vormittag an den Folgen eines Sturzes vom Pferde, den er am vorigen Mittwoch erlitten hatte, gestorben. Signart war einer der wenigen hohen französischen Offiziere, die feierlich öffentlich für Dreyfus eintraten. Bei dem Wiederannahmeverfahren des Prozesses Dreyfus hat Signart eine heroische Rolle gespielt; er wurde deshalb von den Nationalisten und Militaristen mit leidenschaftlichem Haß verfolgt. Später machte Signart eine Schwermut nach der nationalistischen Seite hin. Im Kabinett Clemenceau war er Kriegsminister.

* Leihbare Lustschiffe für die englische Flotte. Die englische Admiralität beschloß, drei leihbare Lustschiffe nach dem System des Mailänder Ingenieurs Forlani in England zu erbauen.

Aus dem Nachbargebiete.

† Künzels, 19. Jan. 1914. Gestern konnte die Jungfrauen-Kongregation der hiesigen Pfarre zum erstenmale die Feier des Festes ihrer Patronin, der hl. Agnes, begehen. Die kirchliche Feier sowohl in der Frühmesse mit der Generalkommunion und den Kongregationsliedern, wie auch am Nachmittag, wo der Verein mit seiner neuen Fahne unter Aufsicht des Fahnenliebes: „Da weilt ja mein Banner“ in die Kirche zog, um nach der Festpredigt die Königin der Kongregation und die hl. Agnes als Patronin in Gesängen und Gebeten zu preisen und anzuerkennen, machte auf die Mitglieder und alle Anwesenden einen erhabenen Eindruck. Um aber zu beweisen, daß in dem Verein auch echte Freude herrscht, fand abends in der Gastwirtschaft zum „Grünen Baum“ die weltliche Feier statt mit Theatervorstellung. Das Hauptstück: „Oedipus“ in 4 Akten wurde sehr wirkungsvoll zur Darstellung gebracht. Dies war zu verdanken den glänzenden Kostümen, die der Verein selbst angefertigt hatte, und

besonders dem harmonischen Zusammenspiel der einzelnen Personen, die alle mit Liebe und Verständnis in ihrer Rolle lebten, sowohl die Bewohner der herzoglichen Burg und des Palastes, wie auch die Frauen- und Kindergruppen aus dem Volke. Große allgemeine Heiterkeit erreichte das folgende Lustspiel: „Im Wachsfigurenkabinett“ sowohl durch die Aufmachung wie durch die Vorführung. Als zum Schluß bei dem Vorleihen sämtliche Figuren gleichzeitig in automatische Tätigkeit traten auf den Wink der beiden dirigierenden Personen, fiel der Vorhang unter stürmischem Beifall. Die Frauen wurden ausgeführt durch Vortrag passender Gedichte. Möge auch diese schön verlaufene Feier dazu beitragen, daß die Mitglieder der Kongregation sich innig zusammenschließen und bei den Anwesenden Hochachtung und das verdienteste Interesse für den Verein erwerben und erhalten!

n Großhader, 19. Jan. 1914. Dank der eifrigen Mitarbeit aller Mitglieder hat sich auch im Jahre 1913 der kath. Arbeiterverein gut entwickelt; nach außen ist er stärker und im inneren Vereinsleben ist er leister geworden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar d. J. 243. Hierbei ist besonders hervorzuheben der große Prozentig Zuwachs. Im Alter bis zu 30 Jahren stehen 112 Mitglieder. Dem Vereine nach steht sich die große Mehrheit aus Maurern (125), Sackelateuren (20) und Hausgewerbetreibenden (33) zusammen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ist ein genaues und viel gelesenes Organ, daneben aber auch die „Fuldaer Zeitung“ in 90 Exemplaren und der „Bonifatiusbote“ in 100 Exemplaren. Der christlichen Gewerkschaft gehören die jüngeren Maurer fast ausschließlich an, etwa 90, das Maximum der Organisationsfähigen. Gut scheint sich die Sparkasse zu entwickeln, die am 1. Dezember 1913 eingeführt ist; durch kleine Beiträge sind bis zum 18. Januar, also in 1 1/2 Monaten, 267 Mark zusammengekommen, die zu 4 Prozent bei der hiesigen Darlehnskasse angelegt sind. Die Gelangensabteilung unter der anerkannt tüchtigen und bewährten Leitung des Herrn Lehrer Schade, zählt etwa 40 Sänger. Seit der Generalversammlung 1913 wurden 17 Vorlesungen mit Vorträgen abgehalten, die im ganzen gut, zum Teil sehr besucht waren. Im Wintersemester lag den Vorträgen das Winterprogramm des Westdeutschen Verbandes zu Grunde. Erhebend waren die 5 Generalkommunionen, an denen sich jedesmal fast alle beteiligten. Der Kassenbericht schließt ab mit einem Rebe von 200 Mark, sodaß der Verein an barem Gelde (abgegeben von den Kostümen, Fahne, Bühne, Schränke usw.) etwa 1875,51 Mk. besitzt; die Theaterkasse, die getrennt geführt wird, lieferte gestern für ein Konzert ein Rebe von etwa 186,90 Mk. Es ist denn wieder ein Vereinsjahr vorbei. Allen, die am inneren und äußeren Ausbau des Vereins mitgearbeitet, sei herzlich gedankt, besonders aber den Vorstandsmittgliedern und Vertrauensmännern, die ihr oft mühevollstes Amt mit Liebe und Eifer stets verwaltet haben. Gott lohn' es ihnen!

— Oberhausen, 19. Jan. 1914. Der hiesige katholische Gesellenverein feierte gestern die Einweihung seines neuerbauten Gesellenhauses verbunden mit dem 23jährigen Stiftungsfest. Um 10 Uhr morgens begann der Festgottesdienst in der Pfarrkirche, der mit Orchestermusik sehr feierlich gestaltete. Die Festpredigt hielt Herr Pfarrer S. n. a. u. Er wies darin auf die hohen Ziele der Gesellenvereine hin. An dem vortrefflichen Festessen im Gelbhaus zum weichen Koch beteiligten sich auch die von auswärts erschienenen Festteilnehmer. Um 2 Uhr nachmittags fand eine Segensandacht statt, bei der Herr Kuratiss Wehner in Hainzsch eine einradstühle Predigt hielt, der er den Segen zugrunde legte: „Gedenke eines Schöpfers in den Tagen deiner Jugend“. Ein Teedeum beschloß die kirchliche Feier. Hieran schloß sich die feierliche Einweihung des neuen Gesellenhauses, die von dem Gesellenpräsidenten Herrn Pfarrer S. n. a. u. vorgenommen wurde. In dem Festsaal, der gegen 3 Uhr durch die schon geschmückten Vorstrassen zog, waren vertreten die Brudervereine von Fulda, Eiterfeld, Bünsfeld, Probstent, Edelweissch, Oberhausen, der hiesige Arbeiterverein und der katholische Arbeiterverein von Hainzschrombach. Besonders rühmendwert ist das Erscheinen des Arbeitervereins aus Hainzschrombach. Der weite Weg und das ungemüßliche Wetter hatten ihn nicht zurückgeschreckt. Unter den Festgästlichkeiten bewachten wir auch den Herrn Landrat v. Perin aus Hainzsch und mehrere geistliche Herren von auswärts. In der sich anschließenden Festversammlung im neuen Gesellenhause eröffnete der Präsident des festgebenden Vereins die Feier mit dem Kongregationslied „Gott segne das ehrbare Handwerk“. Herr Landrat v. Perin brachte den höchsten Segen in Staat und Kirche, Kaiser Wilhelm II. und Papst Pius X. ein freudig aufgenommenes Hoch aus. Der Senior trat einen schwingenden Prolog „Gott zum Gruß“ vor. Die Festrede hielt Herr Kaplan P. e. l. e. In trefflichen Worten schilderte er die Bedeutung und Entwicklung der Stiftung des Gesellenvereins. Abends fand im dichtbesetzten Saale eine theatralische Unterhaltung statt. Es kamen zur Aufführung das lustige Schauspiel „Fernando“ und das lustige Lustspiel „Die lustigen Jagdbunden Robert und Bertram auf ihrer Wanderfahrt“. Die Rollen wurden von sämtlichen Mitwirkenden durcheinand ergriffen und gut gespielt. Besonders erregten im Lustspiel die beiden Jagdbunden, die dafür wie geschaffen waren, die Schamisten der Zuschauer. Alle waren über die Leistungen der Spieler voll des Lobes. Am heutigen Morgen fand noch ein Gedächtnisgottesdienst für die verstorbenen Vereinsmitglieder statt. Der hiesige Gesellenverein kann mit großer Genugtuung auf das Fest zurückblicken, um es schon zu gestalten, hatten Präses und Vorstand keine Mühe gespart. Die Feier vollzog sich im Winter, weil im Sommer die hiesigen Gesellen in die Fremde reisen und nur in der Winterzeit zu Hause sind. Möge der Gesellenverein Oberhausen im neuen Heim weiterarbeiten im Sinne des Kongregations zum Wohle der Gemeinde und des gesamten Gesellenverbandes sowie zum Segen für Kirche und Staat. Das walte Gott!

— Kämmerzell, 19. Jan. 1914. Am 2. Weihnachtstag und am Sonntag nach Weihnachten wurden im hiesigen Schulsaale ein von der Lehrerin Fräulein Habung trefflich eingeleitetes Kruppenpiel von den Schülfern der Unterklasse aufgeführt. Niemanden aus der Pfarre kamen bei der Weihnachtfeier entsprechende zweifelhafte Lieber unter Harmoniumbegleitung. Dieses sehr erbauliche Kruppenpiel fand allgemein Beifall. — Gestern hielt der hiesige Volksgesellenverein in einem Familienabend ab, an welchem recht viele Pfarreangehörige teilnahmen. In einem von Herrn Kaplan Eppert gehaltenen Vortragsvortrag wurde Weihnachten im Bilde behandelt. Meisterwerke christlicher Kunst aus verschiedenen Jahrhunderten von französischen, holländischen, niederländischen und hauptsächlich deutschen Meistern stellten das Weihnachtsgedächtnis der Welt nach; der und Weihnachtsgedächtnis in erbaulicher Weise dar. Besonders zu dem Vortrage ausgearbeitete Lieder und Gedichte, welche unter Leitung des Herrn



(Statt besonderer Anzeige).

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief heute morgen sanft nach kurzem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, unser innigst geliebter Vater, Schwiegervater, Grossvater und Schwager

Eduard Schultheis

im 67. Lebensjahre. Wir bitten des lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Neuenberg, Stettin, NeuhoF, den 19. Januar 1914.

Die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet **Donnerstag**, vorm. 9 Uhr in **Neuenberg** statt. Das Seelenamt wird an **demselben Tage**, morgens 7 1/2 Uhr abgehalten.

Nachruf.

Nach kurzer Krankheit verschied gestern vormittag unerwartet

Herr **Gast- und Landwirt**

Eduard Schultheiss.

Der Verstorbene gehörte seit dem Jahre 1898 der Gemeinde-Vertretung als Mitglied an und hat während dieser Zeit mit Eifer zur nutzbringenden Förderung der Gemeinde-Angelegenheiten beigetragen.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen treuen, offenen Mitarbeiter, welchem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Neuenberg, den 20. Januar 1914.

Die Gemeinde-Vertretung.

L. A.: Medler, Bürgermeister.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 7 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, meine liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Herber, geb. Leibold,

im Alter von 51 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten, in die Ewigkeit abzurufen.

Wir empfehlen die Seele der lieben Verstorbenen dem Memento der Priester am Altare und dem Gebete der Gläubigen. [385]

FULDA, den 20. Januar 1914.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Bonifaz. Herber, Oberpostschaffner, u. Kinder.

Die Beerdigung findet **Donnerstag** nachmittags 4 1/2 Uhr, vom dompfarlichen Leichenhause am Frauenberge aus statt.

Das Seelenamt wird am **selben Tage** morgens 7 1/4 Uhr im Dome abgehalten.

Todes- + Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse verschied Sonntag morgen 8 1/2 Uhr, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 69. Lebensjahre mein innigst geliebter Gatte, unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel

Stephan Mahr.

Wir bitten des lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken. [380]

Fulda, Strassburg, Kassel, 20. Januar 1914.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am **Mittwoch**, den 21. Jan., nachmittags 4 Uhr, am neuen städt. Friedhofe statt.

Das Seelenamt wird am **Freitag**, den 23. Januar, morgens 7 1/8 Uhr im Dome abgehalten.

Jung. Kaufmann, 19 Jahre alt, sucht per sofort oder später Stellung auf Büro oder in Geschäft. Offert. unt. N. 278 an die Exped. d. Bl.

Junger Schreibgehilfe mit guter Handschrift zu sofortigem oder baldigem Eintritt von hiesigem Geschäft gesucht. Ausführl. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche unter 383 an die Geschäftsst. d. Fulda. Bl. erb.

Wochen-Pflegerin! Bin von ausserhalb wieder zurück und nehme noch weitere Pflege an. 345
Margarethe Epöth, Buchstr. 111.

Katholisches Mädchen, welches etwas kochen kann und Liebe zu Kindern hat, nach Offen gesucht. Wo, zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Bl. 354

Ordentliches **Dienstmädchen** gesucht. 288
Karl Sunkel, Schweinefleischerei.

Fleiss. saub. Mädchen gesucht. (274) Walbertstr. 3.

Ein **Dienstmädchen** gegen hoh. Lohn sofort gesucht. Am Landkrankenhaus 2 p.

Ordentliches **Mädchen**, in Küche und Haushalt erfahren, gesucht.
Hahnenstrasse 38 II.

Jüngeres kräft. Mädchen, aus achtbarer kath. Familie, für die Vormittagsstunden in kleinen Haushalt sofort gesucht. Näher: Niehmarktplatz 18, 3. Etage.

Einen Arbeiter sucht 359
A. Grossenbach.

Ordentliches **Hausbursche** sofort gesucht. 299
Buttlarstrasse 1 a.

Mk. 350.000.000

4%ige auslosbare Preussische Schatzanweisungen

gelangen am 29. Januar d. J. zum Kurse von 97 Prozent zur Ausgabe.

Die Tilgung erfolgt innerhalb 16 Jahren durch Auslosung zum Nennwert von jährlich einer Serie zu Mk. 25.000.000.

Die nachstehenden Banken nehmen Zeichnungen bis zum Donnerstag den 29. Januar d. J., mittags 1 Uhr zu den Bedingungen des Prospekts entgegen.

Reichsbankstelle Fulda.
Dresdner Bank, Filiale Fulda.
L. Pfeiffer, Depositenkasse Fulda.

Zeichnungen

auf 4% Königl. Preussische Schatzanweisungen

zum Kurse von

97.— %

rückzahlbar innerhalb 16 Jahren, nimmt bis zum 29. Januar provisionsfrei entgegen 367

Hermann Knips, Bankgeschäft.

Die glückliche Geburt einer gesunden

→ Tochter ←

zeigen an

Bad Salzschlirf, den 19. Januar 1914

Bürgermeister A. Pütz und Frau.

Der Kriegerverein Fulda

feiert am **Donnerstag**, den 25. Januar cr., abends 7 1/2 Uhr in den Stadtsälen den

Geburtsstag Sr. Maj. des Kaisers und Königs.

Programm: Musik (Artilleriekapelle), Festrede, Theater, turnerische Aufführungen usw. Ball.

Orden und Ehrenzeichen anlegen.

Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu herzl. eingeladen
Eintrittspreise: für Herren 1 Mk., im übrigen bleiben die Preise wie früher bestehen.

Fest-Gottesdienste am 27. Januar: Frauenberg und evangel. Kirche 10 Uhr vorm., Synagoge am 24. vorm. 8 1/2 Uhr. 370) Der Vorstand.

Großer Gelegenheitskauf!

Neu eingetroffen!

Durch vorteilhaften Einkauf bin ich in der Lage äusserst billig zu verkaufen:

Ein gross. Posten Ball- u. Gesellschaftskleider.
" " " Kostüme und Kostümröcke.
" " " Binsen mit Golbsa-Schnitt.
" " " Kinderkleidchen.
" " " Gardinen und Gardinreste.
" " " Stoff-Reste zu jedem Zweck verwendbar. Jeder Rest 10 Pfg.

F. Goldberg, Karlstrasse 32.

Millionen gebrauchen mit Kennzeichnung Nur die beste Schutzform

Diamantine

Fabrikant: Rud. Starck in Weisk.

Joseph Ney, Fulda, Schleiferei und Stahlwaren-

handlung
Kanalstrasse 68, gegenüber dem Schirmhaus Schulz

empfehlen zu billigen Preisen 7835
vorzögl. Stahlwaren. Schleifen v. Rasiermessern u. Scheren, Haarschneidmaschinen, Pferdescheren, Wolfsmesser, Messer aller Art und aller Instrumente auf Spezial-Maschinen.
Spezialität: Schleifen von Rasiermessern.

Städt. Fischverkauf

findet von heute ab Marktstrasse 22 (Dorn) und 12 (Wolf), Einzelpreis: 70 Pfennig (Erd), Wurstor 11 (Böcher), statt.

Schweinefleisch 1. Qualit. Pfd. 22 -
Wurstfleisch " " 22 -
Goldbarsch ohne Kopf " 32 -
Seelachs " " 30 -

Der Magistrat. 381]

Junger Kontorist

(Maschinen-Schreiber bevorzugt) wird von hiesigem Geschäft zu sofortigem oder baldigem Eintritt gesucht. Ausführl. Bewerbungs-schreiben mit Angabe der Gehaltsansprüche unter 382 an die Geschäftsst. der Bl. erb.

Agent gesucht. Vergüt. 1.300 h. Jürgenst. & Co., Sigarr. Fa. Hamburg 22. [145]

Mütter-Verein

der Dompfarrei.

Donnerstag, 22. Jan., nachm. 1/2 5 Uhr Beerdigung der Frau

Herber

von der Leichenhalle des dompfarlich. Friedhofes am Frauenberg aus.

Heilige Messe

Montag, den 26. Jan., um 7 Uhr in d. Marienkapelle.



Kath.

Sängm. Verein.

Heute, Dienstag, den 20. Januar, abends präzis 9 Uhr

VORTRAG

des Herrn Gymnasial-Lehrers lehrers Vitz. Thema: „Graphische Kunst“. — Hieraus

Monats-Versammlung.

Um zahlr. Erscheinen bitten

Der Vorstand. 62]

Kath. Gesellenverein

Gesangs-Abteilung.

Heute abend Übung.

Es wird rollzähliges Erscheinen der Sänger erwartet.

Vereinskalender

Fulda.

St. Josephs-Verein kathol. Arbeiter. Die Beerdigung des verstorbenen Mitglieds Stephan Mahr findet am **Mittwoch** um 4 Uhr am städt. Friedhof statt. Der Präses des Vereins wird die Beerdigung selbst vornehmen. Die Mitglieder mögen sich nach Möglichkeit beteiligen. Wenn die hl. Messe gelesen wird, wird noch bekennt gegeben.

Arbeitskreis Fulda. 4. & 5. Ortsgruppe Fulda.

Mittwoch **Versammlung** der Männer im Vereinszimmer (Schulstrasse 4). Freunde der Abkmen sind willkommen.

Der Vorstand.

Fuldaer Geschichts-Verein

Freitag den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr

im Hochzeitszimmer des Bürgervereins

Vortrag

des Herrn Rektors Rolle

über

Fulda in den Freiheitsjahren 1809/10

Alle Freunde und Gönner des Vereins, insbesondere die vorzögl. Damen sind freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Oberbürgermeister Dr. Anton

Vorländer.

Kautionsfähige junge Männer suchen zum 1. April ein

gutgeh. **Wirtschaft zu pachten**

Schriftl. Angebote besied unter Nr. 373 die Geschäftsstelle.

Lehrling

für Büro und Läger per sofort gesucht. Offerten mit

Zeugnisabschriften u. Nr. 372 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zum Hausschlachten

empfehlen

Rind- und Schweinegemüse

und

prima Rindfleisch z. **Hafen**

Ferd. Schmitt,

377] Simpliusplatz 1.

